



# 2026/16 Thema

<https://jungle.world/artikel/2026/16/der-unvollendete-krieg>

**Kapitulation vor dem Todeskult**

## **Der unvollendete Krieg**

von **Matthias Küntzel**

**Gegen ein Regime wie das im Iran, angetrieben von Märtyrertum und Todeskult, lässt sich ein Krieg nicht gewinnen, wenn er seitens der USA ohne umfassenden Plan und Strategie geführt wird. Dass der Iran mit der Blockade der Straße von Hormuz die Weltwirtschaft derart in Geiselnimmt, lässt sich die Bundesregierung allerdings passiver gefallen, als sie es müsste.**

»Öffnet die verdammte Meerenge, ihr verrückten Bastarde, oder ihr werdet in der Hölle leben!« tobte US-Präsident Donald Trump am 7. April auf seiner Social-Media-Plattform Truth Social. Sollte die iranische Führung die Meerenge von Hormuz bis 20 Uhr nicht freigegeben haben, werde er noch »heute Nacht eine ganze Zivilisation auslöschen, die nie wieder zurückgebracht werden kann«. Doch dann sagte er eine Stunde vor Ablauf dieses Ultimatums die angekündigte Apokalypse ab, verkündete einen zweiwöchigen Waffenstillstand mit dem Iran und sprach von einem »totalen und vollständigen Sieg, hundert Prozent« – ohne dass die Straße von Hormuz geöffnet oder das Atom- und Raketenprogramm des Iran beendet wäre.

Das Großmaul aus dem Weißen Haus schafft es immer wieder, alle Aufmerksamkeit auf sich zu konzentrieren, obwohl es bei diesem Krieg um weitaus Größeres geht. Nach dem US-amerikanisch-israelischen Angriff auf das iranische Atomprojekt von Juni 2025 hatte das Regime seine Arbeiten am Atomwaffenprogramm und an der Entwicklung von Langstreckenraketen beschleunigt fortgesetzt und konnte bei Letzterem auf Unterstützung aus China bauen, so ein Bericht des CNN unter Berufung auf europäische Geheimdienstquellen. Um die damit verbundene Bedrohung abzuwehren, sollte der erneute US-amerikanisch-israelische Angriff die Raketenindustrie und die Marine des Iran zerstören, die Handlungsmöglichkeiten der mit dem Iran verbündeten terroristischen Gruppen einschränken und dauerhaft verhindern, dass das Regime an die Atombombe kommt.

In der deutschen Öffentlichkeit wird die Schuld am Anstieg der Benzinpreise den Ölkonzernen in die Schuhe geschoben. Dabei haben allein die verhassten Machthaber im Iran diese Weltkrise zu verantworten.

Trumps Berater übersahen jedoch, dass man den Iran nicht so einfach wie zuvor Venezuela auf Linie bringen kann. In Bezug auf die Islamische Republik ist Trump, der sich selbst als Spezialisten für Abkommen (»deals«) betrachtet, mit einer chiliastischen Bewegung konfrontiert,

die zur Rettung der Menschheit eine neue Sharia-Zivilisation erschaffen will und dafür jedwedes Opfer zu ertragen bereit ist. So prahlte vergangene Woche Irans Präsident Masoud Pezeshkian, dass gemäß der islamistischen Parole »Ihr liebt das Leben, wir lieben den Tod« 14 Millionen Iraner bereit seien, für die Verteidigung der Islamischen Republik ihr Leben zu opfern. Es ist aber gerade dieser Todeswille der loyalen Anhänger des Regimes, der, gekoppelt mit schiitischen Endzeitphantasien, den Atomkrieg heraufbeschwört.

Zwar behauptet nicht nur in Deutschland ein stetig anschwellender Chor von Beratern, Fachleuten und Kommentatoren, dass der US-amerikanisch-israelische Angriff vom 28. Februar völkerrechtswidrig sei. In Wirklichkeit verschanzen sich hinter diesem Schlagwort vorwiegend jene, die den spezifisch antisemitischen, expansiven und terroristischen Charakter des iranischen Gottesstaats nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Sie tun so, als sei der Iran ein Land wie Belgien, und übersehen, dass sich die Islamische Republik mit ihren weltumspannenden Revolutionsplänen bereits seit ihrer Gründung 1979 außerhalb des Völkerrechts bewegt.

Die Regierung Trump unterließ es, die Öffentlichkeit, den Kongress und die Verbündeten adäquat auf einen Krieg gegen den islamistischen Feind vorzubereiten. Sie verzichtete darauf, mit den im Iran lebenden Regimegegnern Kontakte zu knüpfen. Sie entwickelte hinsichtlich der sicher zu erwartenden Gegenangriffe des Regimes keinen Plan. Stattdessen verrannte sich Trump blindwütig in immer kühneren Ultimaten, deren Einlösung er stets schuldig blieb.

Die herrschenden Islamisten wussten, dass sich der Iran mit den USA und Israel militärisch nicht messen kann. Also griff das Regime, um zu überleben, Ziele in der gesamte Region an. Es wollte und will mittels der damit verbundenen weltweiten Energiepreiskrisen den Rückzug der USA und Israels erzwingen.

So mussten bereits bei Kriegsbeginn die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien, Katar, Oman und Kuwait, obwohl sie sich an den Angriffen auf Iran nicht beteiligten, mehr iranische Raketen und Drohnen abwehren als Israel. Luxushotels, Flughäfen und Ölanlagen gingen in Flammen auf und erzeugten Bilder, die das Geschäftsmodell der Golfmonarchien, sich als Hort der Stabilität zu präsentieren, demolierten. Besonders heftig trafen die iranischen Angriffe **die kurdischen Gebiete im Nordirak**.

Offenkundig hatten Israel und die USA auch das Potential der iranischen Angriffswaffen, eine Mischung aus Drohnen, ballistischen Raketen und Marschflugkörpern, unterschätzt. So gelang es dem Regime, die israelische Luftverteidigung zu überfordern und fast täglich Israelis zu töten. Am 20. März feuerte der Iran zwei Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von 3.800 km auf eine US-Basis im Indischen Ozean ab und bewies damit, dass seine Destruktivkräfte auch die europäischen Hauptstädte erreichen könnten. Man wollte diese damit vor einer Einmischung in diesen Krieg warnen.

Natürlich ist es richtig, sich von Trumps Drohung, den Iran »zurück in die Steinzeit« zu bomben, zu distanzieren, zumal er mit derart kriegsverbrecherischen Ankündigungen der Protestbewegung im Iran in den Rücken fällt.

Mit der faktischen Schließung der Meerstraße von Hormuz eröffnete das iranische Regime zudem einen zweiten Krieg; diesmal mit allen Staaten, die auf freie Seewege angewiesen sind. In der deutschen Öffentlichkeit wird die Schuld am Anstieg der Benzinpreise, der aus dieser

Blockade resultiert, den Ölkonzernen in die Schuhe geschoben. Dabei haben allein die verhassten Machthaber im Iran diese Weltkrise zu verantworten. Sie nehmen die Weltwirtschaft als Geisel, um mit diesem Hebel ihr illegitimes Überleben zu sichern.

Und die Bundesregierung? Zu Kriegsbeginn stellte sie sich noch auf die Seite Israels und der USA: Man teile deren Interesse, so Bundeskanzler Friedrich Merz, den Terror des Regimes und dessen nukleare und ballistische Aufrüstung zu beenden. Merz räumte zudem ein, dass die bisherige deutsche Iran-Politik mit ihren verbalen Protesten und Sanktionen wenig erreicht habe. »Das hat auch daran gelegen, dass wir nicht bereit waren, grundlegende Interessen notfalls mit militärischer Gewalt durchzusetzen«, so Merz im Gespräch mit der FAZ am 2. März. »Deshalb ist jetzt nicht der Moment, unsere Partner und Verbündeten zu belehren.«

Zwei Wochen später war es mit dieser Solidarität schlagartig vorbei. Als die Regierung Trump die von der Blockade der Straße von Hormuz betroffenen Länder ermunterte, sich an militärischen Maßnahmen zur Offenhaltung dieses Seewegs zu beteiligen, lehnte die Bundesregierung brüsk ab. »Es ist nicht unser Krieg, wir haben ihn nicht begonnen«, so Verteidigungsminister Boris Pistorius.

Doch was nutzen all die Bemühungen zur Aufarbeitung der Nazi-Zeit, was nutzt die Beteuerung, dass Israels Sicherheit »Teil der deutschen Staatsräson« sei, wenn die Bundesregierung dann, wenn es darauf ankommt, nicht einmal zur politischen Solidarität im Kampf gegen diejenigen bereit ist, die den Judenmord vom 7. Oktober 2023 propagiert und gefeiert haben?

Natürlich ist es richtig, sich von Trumps Drohung, den Iran »zurück in die Steinzeit« zu bomben, zu distanzieren, zumal er mit derart kriegsverbrecherischen Ankündigungen der Protestbewegung im Iran in den Rücken fällt. Und natürlich gehört ein Krieg zum Schlimmsten, was Menschen passieren kann, und darf deshalb stets nur letztes Mittel sein.

Sinnvoll wären gezielte Militärschläge gegen das iranische Atomwaffenprogramm, dabei sollte die Bundesregierung die USA politisch unterstützen und sich beim Versuch, die Straße von Hormuz zu öffnen, bereit zeigen, »grundlegende Interessen notfalls mit militärischer Gewalt durchzusetzen«, wie es Merz vor kurzem noch empfahl.